

Das Dilemma der Wasserkraft

Energiestrategie Alle setzen auf Strom aus Wasser. Doch tiefe Preise machen diesen unrentabel

VON ANNA WANNER

Mehr als die Hälfte unseres Stroms entspringt der Wasserkraft. Die Energiequelle gilt nicht nur als beständig, sondern auch als sauber. Energieministerin Doris Leuthard nennt sie «das Rückgrat» unserer Stromproduktion, Ständeräte bezeichnen sie abwechselnd als «Wirbelsäule» oder «Stütze». Welchen Titel man der Wasserkraft auch verleihen will: Klar ist, dass ohne sie die Energiewende nicht gelingen wird – zumal der Ständerat am Montag entschieden hat, der Wasserkraft (als Lückenbüsser für die wegfallende Atomkraft) mehr Gewicht zu verleihen.

Just im Moment der politisch heissen Phase droht der hoch volatile Strommarkt dem Projekt nun aber einen Strich durch die Rechnung zu machen. Die Strompreise sind so tief, dass sich der Betrieb von Wasserkraftwerken

«An sonnenreichen Tagen wird das Wasser ungenutzt über die Wehre geleitet.»

Stefan Engler CVP-Ständerat (GR)

kaum mehr lohnt. Der Bündner CVP-Ständerat Stefan Engler, selbst Verwaltungsrat zweier Elektrizitätswerke, veranschaulichte in der gestrigen Debatte die Situation: Der Strom sei so billig, dass es sich bei Überproduktion kaum lohne, die Turbinen laufen zu lassen. «An sonnenreichen Tagen wird das Wasser ungenutzt über die Wehre geleitet.» Diese Verschwendung von Energie und Kapital könne nicht gewollt sein.

1 Milliarde Franken bricht weg

Leuthard bestätigte, das Umfeld sei schwierig. Fracking, Kohle und Öl seien heute viel billiger als Wasserkraft. Auch beim Solarstrom seien die Preise gepulst, deshalb stehe er nun in Konkurrenz zur Wasserkraft – beim Wind daselbe. Die Energieministerin wies allerdings auch darauf hin, dass die Branche «über Jahrzehnte im Verkauf von Wasserkraft gutes Geld verdient hat, in der Regel über 1 Milliarde Franken pro Jahr.» Dieses Geld sei nun zwar weggebrochen. Trotzdem stelle sich die Frage, ob das automatisch heisse, dass der Staat einspringen müsse – zumal aus den Daten der Wasserkraftbetreiber hervorgehe, dass der Strompreis die Betriebskosten decke. Laut Leuthard ha-



Der Blick hinter die Turbinen: Das Wasserkraftwerk Gösigen und dessen Produktionszahlen aufgeschlüsselt. GAËTAN BALLY/KEY

ben die Betreiber zu hohe Schulden angehäuft, zu hohe Fixkosten und schütten sich dennoch fleissig Dividenden aus.

Der Nationalrat lehnte in der ersten Lesung Finanzhilfen ab. Der Ständerat prüfte hingegen zahlreiche Varianten, um unrentable Werke vor Bankrott oder vielleicht eher vor dem Verkauf ins Ausland retten zu können. Entschieden hat sich die Mehrheit für eine Härtefallregel: Gerät ein Kraftwerkbetreiber in Not, soll ihm der Staat helfen.

Was uns die Wasserkraft wert ist

Die Gegnerschaft war zweigeteilt: Die einen hielten die Subventionen für unangebracht, den anderen gingen sie zu wenig weit. Der ersten Gruppe gehörten neben SVP-Politiker auch Freisinnige wie Georges Theiler (LU) an. Dieser gestand der Wasserkraft zwar eine wichtige Rolle zu: «Sie muss auch in Zukunft 60 Prozent der Kapazitäten liefern.» Doch kön-

ne jede Unternehmung in Situationen kommen, wo sie wegen Marktpreisen Probleme kriege. Im Moment sei neben der Strom- auch die Exportbranche stark betroffen. «Das sind Durststrecken, die man überstehen muss.»

Engler – und mit ihm eine Gruppe von Vertretern aus Gebirgskantonen – forderte hingegen die Unterstützung jener Werke, welche die Wasserkraft unter den Gestehungskosten absetzen müssen. «Nicht erst, wenn sie schon am Boden liegen», so Engler. Angesichts des breit gestreuten Willens, die Energiewende auch dank der Wasserkraft voranzutreiben, müsste der Vorschlag offene Türen einrennen. Allerdings kamen die Vorbehalte gegen seinen Vorschlag nicht nur von liberaler Seite, weil Bundesgelder mit der «Giesskanne» verteilt würden. Auch SP-Ständerätinnen hielten die Idee für übertrieben. Die Hälfte der Förder-

gelder, die für erneuerbare Energien eingeplant waren, würden so für Wasserkraft draufgehen, sagte Pascale Bruderer (AG). Anita Fetz (BS) doppelte nach: Es bleibe zu wenig Geld für die Förderung der Erneuerbaren – und das sei ja nicht das Ziel.

Der Ball geht an den Nationalrat

Engler zog sein Projekt daraufhin zurück. Aus «taktischen Gründen». Er sehe im Nationalrat bessere Chancen, seine Idee nochmals einzubringen. Die Karten werden also nochmals neu gemischt. So ist die Energiestrategie zwar auf gutem Weg, aber noch nicht im Ziel. Heute muss sich der Ständerat etwa entscheiden, ob er eine Laufzeitbeschränkung für AKW festlegen will.



Befristet der Ständerat heute die Laufzeit der AKW? Den Entscheid erfahren Sie online.

AUS DER SESSION

NACHRICHTENDIENSTGESETZ

Nationalrat räumt letzte Differenz aus

Das neue Nachrichtendienstgesetz ist unter Dach und Fach. Der Nationalrat hat die letzte Differenz zum Ständerat ausgeräumt. Das letzte Wort könnte allerdings das Stimmvolk haben, denn die Gegner wollen das Referendum ergreifen. Mit dem neuen Gesetz dürfte der Nachrichtendienst des Bundes Telefone abhören, Privaträume verwandeln und in Computer eindringen. (SDA)

BANKGEHEIMNIS

Keine neuen Sorgfaltspflichten für Banken

Der Nationalrat will keine neue Sorgfaltspflichten für Banken einführen. Die Vorschläge des Bundesrates, strengere Regeln für unversteuerte Gelder einzuführen, sind am bürgerlichen Widerstand gescheitert. Das neue Gesetz würde der Wettbewerbsfähigkeit des Bankensektors schaden, argumentierte die Mehrheit. (SDA)

NEUE TRANSPORTFLUGZEUGE

Nationalrat stösst Ja-Entscheidung wieder um

Der Nationalrat will keine Transportflugzeuge kaufen. Zwar stimmte er einer Motion aus dem Ständerat zunächst zu, stiess den Entscheid aber wenig später wieder um. Der Vorstoss forderte einen Vorschlag für die Beschaffung von einem oder mehreren Transportflugzeugen für militärische oder humanitäre Einsätze bis spätestens 2018. (SDA)

ERGÄNZUNGSLEISTUNGEN

Bezüge sollen mehr Geld für Miete erhalten

Bezüge von Ergänzungsleistungen zur AHV oder IV sollen künftig mehr Geld für die Wohnungsmiete bekommen. Der Nationalrat zeigte sich mit diesem Vorschlag des Bundesrates im Grundsatz einverstanden. Im Detail hat er noch nicht darüber beraten. (SDA)

STANDORTFÖRDERUNG

Die Räte sind sich weiterhin uneins

Die Räte streiten weiter über die Standortförderung. Noch immer uneins sind sie sich darüber, wie viel Geld für die Förderung von E-Government zur Verfügung stehen soll. Der Nationalrat will den vom Ständerat beschlossenen Betrag um gut 5 Mio. Franken kürzen. (SDA)

INSERAT

SVP ist die einzige Partei...

... die garantiert, dass

- die Zuwanderung begrenzt wird
- die Missbräuche im Asylwesen beseitigt werden
- kriminelle Ausländer ausgeschafft werden
- ein Anschluss an die EU verhindert wird

Darum am 18. Oktober

SVP wählen.

www.svp.ch

SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern, PC: 30-8828-5



Kein Skilager-Obligatorium

Schneesport Der Nationalrat hat sich dem Ständerat angeschlossen: Der Bund soll den Schweizer Schneesport zwar fördern, landesweit obligatorische Skilager soll es aber keine geben.

VON GION-MATTIAS DURBAND

Die Sportaktivität der Schweizer Bevölkerung wächst, fasst die Studie «Sport Schweiz 2014» zusammen. Auf den Wintersport trifft der erfreuliche Befund zur allgemeinen Sportbegeisterung aus dem Bundesamt für Sport jedoch nicht zu. Die Zahl der Skilager etwa ist zwischen 2009 und 2014 um ein Viertel von 2700 auf 2000 gesunken. Nicht nur Bergbahnbetreiber beschäftigt die Frage, wie der Schneesport den Kindern und Jugendlichen wieder näher gebracht werden kann. Bereits im Juni 2013 hat sich der Freiburger CVP-Nationalrat Dominique de Buman in dieser Sache mit einer Motion an den Bundesrat gewandt: Der Bundesrat soll ein Massnahmenpaket unterbreiten, um den Schneesport in der Bevölkerung zu fördern. Dazu schlug de Buman etwa vor, landesweit eine obligatorische Schneesportwoche zwischen der 5. und 9. Klasse einzufüh-

ren und mindestens drei Bundessportzentren für Wintersport zu schaffen.

Hatte der Nationalrat die Motion im Sommer 2014 noch knapp gutgeheissen, folgte der Ständerat im Juni dem Änderungsantrag seiner Kommission, strich die vorgeschlagenen Massnahmen und einigte sich auf folgende Fassung: «Der Bundesrat wird beauftragt, Massnahmen zu unterstützen, um den Anteil der Bevölkerung, die Schneesport betreibt, zu steigern. Im Vordergrund steht dabei die Unterstützung der Aktivitäten des Vereins Schneesportinitiative». Diesem Wortlaut schloss sich gestern stillschweigend auch der Nationalrat an.

«Handlungsbedarf unbestritten»

Der 2014 gegründete Verein Schneesportinitiative – eine Allianz aus Sport, Tourismus, Bildung und Verwaltung – hat sich der Förderung des Schneesports vor allem bei Kindern und Jugendlichen verschrieben. Insbesondere soll die Organisation von Schneesportlagern vereinfacht werden – auch ein Hauptanliegen von Motionär de Buman, der sich über den gefundenen Kompromiss sehr erfreut zeigt. Dass gerade vor den Wahlen das übliche Parteiengedankel gänzlich fehlte, zeige, dass der Handlungsbedarf unbestritten sei. Dass der Ständerat die in der ursprünglichen Motion genannten obligatorischen Schnee-

sportlager kippte, habe ihn wenig überrascht, so de Buman, der sowohl dem Schweizerischen Tourismusverband als auch dem Dachverband Seilbahnen Schweiz vorsteht. Er sei sich durchaus bewusst gewesen, dass damit «kantonale Kompetenzen berührt» worden wären. «Die Zielsetzung bleibt aber die gleiche», betont er: die Sicherung des Nachwuchses und die Stärkung der Wintersportdestinationen.

Pflicht-Skilager «systemfremd»

«Für uns im Berggebiet wären obligatorische Schneesportlager ein valables Mittel – schliesslich wollen wir die Leute wieder näher an den Schneesport bringen», sagt derweil der Bündner CVP-Nationalrat Martin Candinas. Gerade für den Kanton Graubünden, der vom Wintersport lebe, müsse es das Ziel sein, dass jedes Kind an den Schneesport herangeführt werde. Derzeit betrieben immer weniger Kinder Schneesport, wie auch eine Studie von Seilbahnen Schweiz belege. «Und wenn das so weitergeht, haben wir ein echtes Problem.» Jedoch wäre es «etwas systemfremd», wenn der Bund den Schulen Skilager vorschreiben würde, so Candinas. Darüber zu entscheiden, liege in der Kompetenz der Kantone, oft gar der Gemeinden. Und so wird es nach dem gestrigen Entscheid des Nationalrats vorderhand auch bleiben.